

Datenschutzhinweise für Beschäftigte im Bistum Fulda

Die nachfolgenden Datenschutzhinweise geben einen Überblick über die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten aus dem Beschäftigungsverhältnis. Sie gelten sowohl für die Beschäftigten bei Einrichtungen in Trägerschaft des Bistums und der Bischöflichen Verwaltungsbehörde als auch für Beschäftigte der Kirchengemeinden und deren Einrichtungen.

Mit den folgenden Informationen möchten wir Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und Ihre Rechte aus dem Datenschutzrecht geben. Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise diese genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach dem konkreten Anstellungsverhältnis.

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortliche Stelle:

- Für das Bistum und seine Einrichtungen
Bischöfliches Generalvikariat
- vertreten durch den Generalvikar -
Paulustor 5
36037 Fulda

Tel.: 0661 87-0
- Für die Kirchengemeinden
Die jeweilige Kirchengemeinde
- vertreten durch den Verwaltungsrat -
mit Adresse des zugehörigen Pfarrbüros

Betrieblicher Datenschutzbeauftragter:

- Für das Bischöfliche Generalvikariat und die Einrichtungen in Trägerschaft des Bistums:
Datenschutzbeauftragter Bistum
Bischöfliches Generalvikariat
Paulustor 5
36037 Fulda

datenschutz-bistum@bistum-fulda.de
- Für die Kirchengemeinden
Datenschutzbeauftragter Kirchengemeinden
Bischöfliches Generalvikariat
Paulustor 5
36037 Fulda

datenschutz-kirchengemeinden@bistum-fulda.de

2. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen Ihres Arbeitsverhältnisses von Ihnen erhalten. Zudem verarbeiten wir – soweit dies im Rahmen der Erfüllung des Arbeitsverhältnisses erforderlich ist – personenbezogene Daten, die wir zulässigerweise von Dritten erhalten (z. B. von Gerichten, Behörden, Ämtern oder Versicherungen).

a) Art der Daten

Relevante personenbezogene Daten sind insbesondere Personalien (Name, Adresse und andere Kontaktdaten, Geburtstag und -ort und Staatsangehörigkeit), Legitimationsdaten (z. B. Ausweisdaten) Versicherungsdaten (z. B. Sozialversicherungsnummer), Gesundheitsdaten (z. B. Krankheitstage), Qualifikationspapiere (z. B. Zeugnisse, Bewertungen und sonstige Ausbildungsnachweise), Daten im Zusammenhang mit der Leistungserbringung (z. B. Zeiterfassung).

Darüber hinaus können dies auch Daten aus Logfiles, zur Überwachung der Internet- und E-Mail-Nutzung (soweit zulässig) und dem Zugang zu IT-Kernsystemen, sein.

3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage? Wir

verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit dem Kirchlichen Datenschutzgesetz (KDG) sowie der Verordnung zur Durchführung der Anordnung über den kirchlichen Datenschutz (KDO-DVO) sowie weitere (Datenschutz)-Normen, die auf Beschäftigungsverhältnisse Anwendung finden können (Sozialgesetzbuch, Telekommunikationsgesetz, Mitarbeitervertretungsordnung u. a.).

a) Zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten

Die Verarbeitung personenbezogener Daten gem. § 4 Ziff. 1 KDG erfolgt zur Begründung, Durchführung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

Der Zweck der Verarbeitung richtet sich in erster Linie nach den Anforderungen der Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses (Gehaltszahlungen, Abführung von Steuern, Sozialversicherungen, Beiträgen, Erbringung der Arbeitsleistung, Bewertung der Leistungen des Beschäftigten), der Erfüllung von Meldepflichten gegenüber Ämtern, Behörden und Aufsichtsinstitutionen, auf Grundlage einer rechtlichen Basis.

b) Im Rahmen der Interessenabwägung

Soweit erforderlich verarbeiten wir Ihre Daten darüber hinaus zur Wahrung unseres berechtigten Interesses von uns oder berechtigter Interessen von Dritten. Beispielsweise:

- Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten,
- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs,
- Verhinderung und Aufklärung von Straftaten,
- Maßnahmen zur Gebäude- und Anlagensicherheit (z. B. Zutrittskontrollen),
- Maßnahmen zur Sicherstellung des Hausrechts,
- Maßnahmen zur Geschäftssteuerung und Weiterentwicklung,
- Risikosteuerung innerhalb Unternehmens

Zur Aufdeckung von Straftaten dürfen Ihre personenbezogenen Daten nur dann verarbeitet werden, wenn zu dokumentierende tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht begründen, dass Sie im Beschäftigungsverhältnis eine Straftat begangen haben, die Verarbeitung zur Aufdeckung erforderlich ist und Ihr schutzwürdiges Interesse an dem Ausschluss der Verarbeitung nicht überwiegt, insbesondere Art und Ausmaß im Hinblick auf den Anlass nicht unverhältnismäßig sind.

c) Aufgrund Ihrer Einwilligung

Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

d) Aufgrund gesetzlicher Vorgaben

Zudem unterliegen wir als Arbeitgeber diversen rechtlichen Verpflichtungen, das heißt gesetzlichen Anforderungen (z. B. Arbeitsschutzgesetze, Sozialversicherungsverpflichtungen (Sozialgesetzbuch) Präventionsordnung, Steuergesetze).

4. Wer bekommt meine Daten?

Als Arbeitgeber geben wir Ihre Daten an diejenigen Stellen weiter, die Ihre Daten zur Erfüllung des Beschäftigungsverhältnisses und gesetzlicher Pflichten brauchen. Auch von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter können zu diesen genannten Zwecken Daten erhalten. Dies sind Unternehmen in den Kategorien IT-Dienstleistungen, Logistik, Telekommunikation, betriebliche Altersversorgung, Gehaltsabrechnung, Inkasso, sowie Druckdienstleistungen.

Im Hinblick auf die Datenweitergabe an Empfänger außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Arbeitgebers ist zunächst zu beachten, dass wir die geltenden Datenschutzvorschriften beachten. Informationen über Sie dürfen wir nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten, Sie eingewilligt haben oder wir zur Erteilung einer Auskunft befugt sind. Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger personenbezogener Daten z. B. sein:

- Öffentliche Stellen und Institutionen (z. B. Ämter, Finanzbehörden) bei Vorliegen einer gesetzlichen oder behördlichen Verpflichtung.

Weitere Datenempfänger können diejenigen Stellen sein, für die Sie uns Ihre Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben.

5. Wie lange werden meine Daten gespeichert?

Soweit erforderlich, verarbeiten und speichern wir Ihre personenbezogenen Daten für die Dauer Ihres Beschäftigungsverhältnisses.

Darüber hinaus unterliegen wir verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus einschlägigen Gesetzen ergeben. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre.

Bestimmte Daten sind bereits nach Erfüllung des Zweckes während des Beschäftigungsverhältnisses zu löschen (z. B. Zeiterfassungsdaten, Krankheitsdaten, Kommunikationsdaten).

Schließlich beurteilt sich die Speicherdauer auch nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, die zum Beispiel nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) bis zu dreißig Jahre betragen können, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Sobald die Speicherung der Daten nicht mehr zur Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses erforderlich ist und keine gesetzlichen Aufbewahrungsfristen bestehen, werden Ihre Daten unverzüglich gelöscht.

6. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten (Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums EWR) findet nur statt, soweit dies zur Ausführung Ihres Beschäftigungsverhältnisses erforderlich ist, gesetzlich vorgeschrieben ist oder Sie uns Ihre Einwilligung erteilt haben.

Über Einzelheiten werden wir Sie, sofern gesetzlich vorgegeben, gesondert informieren.

7. Welche Datenschutzrechte habe ich?

Jede betroffene Person hat im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben das Recht auf Auskunft über die Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten, das Recht auf Berichtigung, das Recht auf Löschung, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit (§§ 17-23 KDG). Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde.

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Katholisches Datenschutzzentrum Frankfurt
Ursula Becker-Rathmair
Diözesandatenschutzbeauftragte
Domplatz 3
60311 Frankfurt

E-Mail: info@kdsz-ffm.de
Tel.: 069 800 871 8800

8. Besteht für mich eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen Ihres Beschäftigungsverhältnisses müssen Sie nur diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Aufnahme und Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel die Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses ablehnen müssen.

Insbesondere sind wir nach aufsichtsrechtlichen Vorschriften verpflichtet, Sie vor der Begründung des Beschäftigungsverhältnisses beispielsweise anhand Ihres Personalausweises zu identifizieren und dabei Ihren Namen, Geburtsort, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit sowie Ihre Wohnanschrift zu erheben.

9. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Wir nutzen keine automatisierten Verarbeitungsprozesse zur Herbeiführung einer Entscheidung über die Begründung und Durchführung Ihres Beschäftigungsverhältnisses. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren, sofern dies gesetzlich vorgegeben ist.